

Es ist sehr bedauerlich, daß die Haushaltsreden nicht in Präsenz vorgetragen werden dürfen, denn damit geht ihre Hauptwirkung verloren, daß sich nämlich alle Anwesenden die Meinung der anderen hier anhören müssen. Die Finanzlage der Stadt ist sehr angespannt und in dieser Lage kommt nun vom Innenministerium der scheinbar beruhigend klingende Hinweis, daß weitere Kreditaufnahmen akzeptiert würden. Es stellt sich inzwischen heraus, daß damit eine Neuausrichtung der gesamten Finanzpolitik eingeleitet werden soll, und diese Anweisung kommt von ganz oben. Das ist als Abkehr von der Schuldenbremse zu verstehen! Es soll einen Paradigmenwechsel hin zum Einstieg in den Schuldenstaat geben, in die linke „Modern Monetary Theory“, die Moderne Finanz-Theorie, die Staatsschulden geradezu für notwendig erachtet, um die Wirtschaft stabil zu halten.

Manche Gemeinderäte fühlen sich bei den großen finanzwirtschaftlichen Entscheidungen unwohl. Bei der Haushaltsplanung fällt zwar positiv auf, daß die meisten Positionen im Vorjahresansatz liegen oder nur wenig darüber, einige jedoch eine deutliche Steigerung aufweisen und es Ausgabensteigerungen gibt ohne genügende Klärung der Hintergründe. Daneben summieren sich die zahlreichen Studien und Beratungsaufträge zu einem erklecklichen Betrag. Es wird für alles ein Beratungsvertrag veranschlagt, die Verwaltung möchte wohl keine Verantwortung übernehmen. Dazu gehören auch Pläne, die von großem Ehrgeiz zeugen, aber nach unserer Ansicht nicht realisierbar sind wie die Innenstadtentwicklung II oder der Masterplan Kaltenbronn, der allerdings schon mehr als ein Jahr zurückliegt. Zur Umsetzung wären Zuschüsse vom Land in Millionenhöhe erforderlich, die heute aber nicht mehr zu erwarten sind und über einen Umweg auch vom Steuerzahler kommen würden. Die heutige Situation war damals zwar nicht vorhersehbar, aber weitere Beratungsverträge sollten nicht mehr abgeschlossen werden. Die jetzt angedachte Reform der Verwaltungsstruktur ist ein Beispiel dafür, wie schnell neue Beratungsausgaben beschlossen werden ohne die eigenen Kompetenzen und Möglichkeiten nutzen zu wollen. Wir trauen es der Verwaltung durchaus zu, diese Aufgabe selbst gut zu meistern. Als Gemeinderat würden wir heute diesem Antrag nach zwei Nächten Entspannung nicht mehr zustimmen.

Die sog. „Parkinson´schen Gesetze“ sind mit britischem Galgenhumor schon in den 1950er Jahren formuliert worden, nach denen eine Verwaltung wie ein ungepflegter Busch unaufhaltsam wächst, immer mehr Aufgaben an sich zieht oder neue übernimmt und dafür natürlich auch mehr Personal und Sachmittel benötigt.

Die vier städtischen Schwimmbäder verschlingen als Betriebskosten sehr viel Geld, und die Renovierung des Lautenbachbades kommt noch dazu. Daher hielten wir es für richtig, das Igelbachbad wie vorgeschlagen in diesem Jahr nicht zu öffnen, was allerdings durch den Gemeinderatsbeschluß am 08. 02. schon wieder überholt ist. Die Staufenberghalle wird jetzt teilsaniert, weil die Bürger dort eine identitätsstiftende Ortsmitte haben müssen und nicht hinter die anderen Teilorte zurückfallen dürfen.

Im vorliegenden Haushalt machen die Personalkosten schon 33 % der Gesamtausgaben aus. Hier fällt der Anstieg im Sozial- und Erziehungsdienst um 1,3 Mio auf 3,42 Mio € auf bei einer Erhöhung des Personalbestandes um 24,4 Stellen in den letzten 3 Jahren, was ein Plus von 56,6 % darstellt! Im Stellenplan sind für den Sozial- und Erziehungsbereich 69,2 Stellen ausgewiesen, aber nur 50 besetzt. Da schlummern also noch erhebliche Risiken. Zwar sind in dieser Zeit auch 140 neue Plätze in Kitas und Kindergärten geschaffen worden, aber das Ende der Entwicklung ist damit keineswegs erreicht. Es werden mehr werden, wenn die Neubaugebiete bezogen werden. Diese und die damit weiter steigenden Kosten werden uns dann erdrücken. Wir werden daher um strukturelle Änderungen im Stellenplan des Erziehungsdienstes nicht

herumkommen. Das Erziehungswesen ist uns weiter lieb und teuer, aber leider nun auch sehr teuer geworden.

Ebenso wie lange Zeit notwendige Sanierungen an Schulen und anderen Gebäuden unterblieben sind und dieses Versäumnis uns jetzt einholt, werden wir bei den städtischen Aufgaben Kürzungen vornehmen müssen. Im Haushaltsplan findet sich ein bemerkenswerter Halbsatz: ... es wird stetig steigende Aufgabenstellungen geben! Da soll also schon vorgebaut werden für weiter wachsende Strukturen, eine Baumschutzsatzung ist schon in der Diskussion! Parkinson läßt grüßen. Jetzt ist Führung durch die Spitze der Verwaltung gefragt, auch wenn es harte Entscheidungen geben muß, die Wohlfühlzeit ist definitiv vorbei. Wir als Gemeinderat werden dem zustimmen, wenn wir unserem Auftrag nachkommen wollen, das Wohl der Gemeinde zu mehren.

Ich danke Ihnen!

Dr. Ernst-Dieter Voigt